

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13098.

Insertate kosten die Tagesblätter Pettigelle oder deren Raum 25 Pfg., bei Vorkauf 20 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Zeltaufgabe 6.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 3721.

Entschiedenenes und Unentschiedenes.

Es ist vollendet. Die Mehrheit des Reichstags hat gestern die „große nationale Aufgabe“ zu Ende gebracht und dem Militarismus neue Helatomben geopfert. Die Forderungen der Militärvorlage wurden glatt bewilligt, sogar noch über das Maß dessen hinaus, was bürgerliche Bewilligungslust bisher zugestanden hatte. Wie hatte in den vergangenen Wochen und Monaten die Volkspartei großgetan, wenn sie darauf hinwies, daß sie nicht alles dem unerfülllichen Moloch bewilligt habe, von 6 Kavallerieregimentern habe sie 3 — in Buchstaben drei — Regimenter gestrichen! Und auch der größere Teil des Zentrums tat so groß. Auch er hatte ja dazu geholfen, die 3 Regimenter zu streichen. Aber am Sonnabend abend war große Festivität beim Reichskanzler, da wurden die Umfallstücker eingest. Und siehe da, zwischen Abend und Morgen war es erreicht: am Montag, bei der dritten, der entscheidenden Lesung, fielen sie alle um: das Zentrum und ein großer Teil der Fortschrittler. Ebenso schmachvoll war der Umfall der bürgerlichen Parteien bei der Zahlungspflicht der Fürsten, und hier war es, was wir in Leipzig uns ganz besonders merken wollen, Herr Junck, der den Umfall einleitete. Wie hatte er noch bei der ersten Lesung der Deckungsvorlagen die Zahlungspflicht der Fürsten betont als eine Selbstverständlichkeit, und jetzt fiel Herr Junck vor einem Stirnzucken der Regierung glatt auf den Bauch und stotterte einige Phrasen von dem „großen nationalen Wert“, das man an dieser Frage nicht scheitern lassen wolle. Als ob irgendeine Regierung es wagen könnte, das Gesetz abzulehnen; lediglich deshalb, weil es auch die Fürsten zum Zahlen heranzieht. Ueber diesen schmachvollen Umfall des Herrn Junck und seiner Freunde werden wir uns noch zu unterhalten haben.

Doch das sind nur Kleinigkeiten, zwar höchst charakteristische und für die Gardinenkünste des Parlamentarismus höchst kennzeichnende Kleinigkeiten, aber sie verschwinden doch an Bedeutung vor der Tatsache, daß die größte Wehrvorlage aller Zeiten angenommen worden ist und mit ihr auch die sogenannte Deckung.

Sogenannte Deckung! Denn darüber sollte unter Ernsthaften kein Zweifel sein, und wir haben es an dieser Stelle mehr als einmal ausgesprochen: diese Deckung ist eine Schiebung, ein Stück Papier, mit Zahlen beschmiert, das die nächsten Jahre ihr tausend Fehlen zerreiben werden. Kein Mensch weiß, wie die Erträge des Wehrbeitrags sich gestalten werden, die ganzen Finanzgesetze sind angelegt, als ob wir uns für alle Ewigkeit in einer steigenden Konjunktur befinden, obwohl wir uns schon jetzt auf absteigender Linie bewegen, und nichts ist so gewiß, als die Tatsache, daß wir uns in aller nächster Zeit vor neuen Steuergesetzen befinden werden.

Wie war die Haltung der Sozialdemokratie diesen Deckungsvorschlägen gegenüber? Daß sie die offensichtlich gemeingefährlichen Vorschläge, wie Beibehaltung der Zuckersteuer, die Stempelgesetze, die Auffüllung des Kriegsschatzes ablehnen würde, verstand sich von selbst. Darüber gab es keinen Streit. Wohl aber hatte die Haltung, die die Fraktion in den beiden andern Gesetzen gegenüber einzunehmen habe, innerhalb der Fraktion zu sehr ausgedehnten und scharfen Debatten Anlaß gegeben. Sie wurden schließlich in dem Sinne erledigt, daß die Mehrheit der Fraktion beschloß, für diese Gesetze zu stimmen. Die Erklärung, die Genosse Haase vor der dritten Lesung der Deckungsvorlagen abgab, ließ deutlich erkennen, daß es der Fraktion nicht leicht gefallen ist, für Wehrbeitrag und Besitzsteuer zu stimmen, und zwar des Verwendungszwecks willen. Der alte Grundsatz, der die Stellung der Sozialdemokratie dem Rüstungswesen gegenüber präzisiert: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, kann nur dann seine Geltung verlieren, wenn durch unsere Abstimmung die Interessen der beschaffungslosen Schichten gefährdet, d. h. an Stelle direkter, die Besitzenden belastender Steuern, indirekte Steuern treten würden.

Drohete in dem vorliegenden Falle diese Eventualität? Beim Besitzsteuergesetz gewiß! Dadurch, daß die Konservativen dagegen stimmten, wäre, wenn auch die Sozialdemokratie gegen das Gesetz gestimmt hätte, die Besitzsteuer gefallen. Die Folge wäre nicht etwa die Auflösung des Reichstags gewesen, sondern lediglich die Verschlebung dieses Gesetzes auf den Herbst! Ob es aber im Herbst, wo der Zwang der Eile nicht mehr hinter den Partaken stand, gelungen wäre, die Konservativen auszuschalten, ist mehr als fraglich. Jedenfalls glaubte die Fraktion die Verantwortung für diese Konsequenzen ablehnen zu müssen. Anders aber stehen die Dinge beim Wehrbeitrag. Hier war unbedingte Ablehnung geboten. Es stand fest, daß sämtliche bürgerliche Parteien, mit Ausnahme der Polen, den Wehrbeitrag annehmen würden. Eine Zustimmung durch uns ließ sich also nicht mehr verteidigen durch das Argument, daß unsere Stimmen schlechtere Steuern abwehrten. Hier gab es nichts abzuwehren. Hier ist die Mehrheit von uns abgelehnt. Durch die Zustimmung zum Wehrbeitrag hat die Fraktion ohne den geringsten Zwang Mittel für Rüstungszwecke bewilligt, was wir für einen schweren Fehler halten. Freilich, man kann sagen, daß durch die Erklärung Haases der grundsätzliche Standpunkt der Partei gewahrt worden sei. Das kann aber nur gelten, soweit unsere Zustimmung zum Besitzsteuergesetz in Frage kommt. Die Zustimmung zum Wehrbeitrag vermag sie nicht zu decken.

So ist die Partei die politische Entwicklung vor neue Fragen gestellt. Es überhaupt in diesen Dingen zu einer Kontroverse innerhalb der Partei gekommen ist, so nur deshalb, weil sich die Partei vor neuen Tatsachen befindet. Zum erstenmal in der Finanzgeschichte des Reichs sind die herrschenden Klassen gezwungen worden, die Kosten einer Rüstungsvorlage selber zu bezahlen. Sie sind durch den Wahlsieg der Sozialdemokratie 1912 direkt dazu gezwungen worden, den Plan indirekter Steuern fallen zu lassen. Diesen Erfolg kann sich die Sozialdemokratie ruhig zugute schreiben. Aber gerade durch diesen Erfolg kam einer ihrer ältesten und selbstverständlichsten Grundsätze: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, etwas ins Gedränge. Soll sie auch diesem System keinen Groschen bewilligen, wenn dieser Groschen von den Bestehenden bezahlt wird? Sicherlich soll sie das, aber nur, wenn, wie wir oben sagten, die Interessen der Beschaffungslosen nicht durch ihre Abstimmung gefährdet, wenn also infolge ihrer Abstimmung an Stelle der direkten neue indirekte Steuern treten würden.

Auf der andern Seite darf man bei Beurteilung dieser Frage nicht den Blick lediglich oder auch nur hauptsächlich auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament richten. Worauf es ankommt, sind die Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft. Wenn jetzt zum erstenmal Besitzsteuern vorgeschlagen sind, so nicht von wegen der sozialen Einsicht der herrschenden Klassen, sondern lediglich wegen der politischen Macht der Sozialdemokratie. Wir sind groß geworden unter anderm durch unsern Kampf gegen den Militarismus und die indirekten Steuern. Je näher wir diesen Kampf führen, desto stärker wird unsere Macht, und diese Macht ist viel zu solide verankert, als daß sie mit den pfiffigen Rechenkünsten des Parlaments ängstlich gehütet werden müßte. An sich schon besteht die Gefahr, daß der Kampf gegen den Militarismus von uns überwiegend unter dem Gesichtspunkt der Kosten geführt wird oder wenigstens geführt worden ist. Auch in dieser Hinsicht bedeutet die jetzige Form der Deckung eine Wendung zum Besseren. Schärfere als bisher und klarer können wir jetzt den Kampf gegen die Rüstungen als den Kampf gegen die imperialistische Entwicklung führen, der die moderne Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert, die in ihr schlummernden Gegensätze auf die Spitze treibt und durch ihre steuerliche Entwicklung auch die Mittelschichten immer mehr ruiniert. Denn darüber muß man sich klar sein, daß die jetzigen Besitzsteuern viel mehr den Mittelstand als

die wirklich reichen Leute treffen. Gerade deshalb hat ja die Fraktion, wie Haases Erklärung ausdrücklich besagt, gegen einen Teil der Deckungsvorlagen gestimmt, weil sie die Kosten der Rüstungssteigerungen dem Mittelstande auferlegen.

Jedenfalls ergibt sich aus der politischen Situation, die wir nunmehr im Reich haben, eine Fülle neuer Fragen, deren kritische Analyse Aufgabe der Partei und ihrer Presse ist. Auf dem nächsten Parteitag werden wir uns mit der Steuerfrage besonders zu beschäftigen haben. Sie hat durch den Ausgang der Reichstagsverhandlungen eine ganz besondere große Wichtigkeit erlangt. Seine Verhandlungen werden um so fruchtbringender sein, je lebhafter und klärnder die Diskussion ist, die ihm vorausgeht.

Aus dem Reichstage wird uns über die gestrige Sitzung geschrieben:

Nach einer Tagungszeit von sieben Monaten hat der Reichstag hier die großen Ferien angetreten, die bis zum 20. November dauern werden. In diesem zweiten Sessionsabschnitt der laufenden Legislaturperiode ist vom Reichsparlament unstreitig ein großes Stück Arbeit geleistet worden, das ihm, soweit die Quantität in Betracht kommt, selten ein Parlament nachmachen dürfte. Die qualitative Leistung wird noch einer eingehenden Würdigung und Kritik unterzogen werden. Die heutige Sitzung, von der man bestimmt wußte, daß sie die Schlusssitzung vor den Ferien sein wird, gestaltete sich äußerlich imponierend, denn nicht weniger als 372 Abgeordnete nebst dem gesamten Bundesrat nahmen an ihr teil.

Gespannt sah man der Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung entgegen, der einen Initiativantrag aller großen Parteien des Hauses — mit Ausnahme der Konservativen — darstellte, im Militärstrafgesetzbuch bestimmte Paragraphen derart zu ändern, daß bei militärischem Aufruhr, Meuterei usw. für Rädelsführer statt der Mindeststrafe von bisher zehn Jahren Zuchthaus ein Jahr Gefängnis, für andre Beteiligte statt einer Mindestzuchthausstrafe von fünf Jahren sechs Monate Gefängnis treten können. Dieses Notgesetz ist durch das Erfurter Urteil veranlaßt worden. Wie wir schon gestern dargelegt haben, hat die sozialdemokratische Fraktion im Verlaufe der Beratung der Militärvorlage neben der heute vom Reichstage beschlossenen Milderung dieser drakonischen Strafbestimmungen eine gründliche Reform des Militärstrafgesetzbuchs gefordert, da die völlige Beseitigung des besonderen militärischen Strafrechts in absehbarer Zeit doch nicht zu erreichen ist. Die sozialdemokratische Forderung wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt; erst unter dem Eindruck des Erfurter Urteils nahmen schnell die Volksparteiler den sozialdemokratischen Antrag wieder auf und die Sturmthünen am Sonnabend ließen es der Regierung geraten erscheinen, nachzugeben, trotz der provokatorisch ablehnenden Haltung des Kanzlers vor einigen Wochen gegen alle Reformwünsche des Reichstags.

Nachdem heute vormittag in einer Konferenz der Vertrauensmänner der Parteien mit der Regierung eine Uebereinstimmung erzielt worden war, mußte zu Beginn der Sitzung der Reichskanzler die Erklärung abgeben, daß er im Bundesrate für die Annahme des Notgesetzes eintreten werde. Die Konservativen ließen durch den Abg. Brochhausen erklären, sie lehnen es ab, gesetzgeberische Maßnahmen von so tiefgreifender Wirkung „übers Anie zu brechen“, und die Reichspartei hat sich von dem Kompromiß ferngehalten, weil es einen Zwang auf die Regierung darstellt. Der Annahme des Notgesetzes aber geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten zu bereiten, unterließen die reaktionären Herrschaften, denn die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder hatten keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion der Vertagung des Reichstags solange widersetzen werde, bis das Notgesetz angenommen ist. Dabei fanden unsere Genossen auch die Unterstützung anderer Parteien. Gleichzeitig wurde aber auch gefordert, daß der Kanzler selbst eine Erklärung der Regierung über ihre Stellungnahme zum Notgesetz abgibt. So mußte wohl oder übel Herr v. Bethmann in den sauren Apfel beißen und feierlich vor allem Kriegsvolk seine Zustimmung zu einer von den Sozialdemokraten geforderten Reform erklären. Noch 48 Stunden früher hat derselbe Kanz-